

Armutsbekämpfung: Werden die EU-Mitgliedstaaten ihre Versprechen halten?

Der Beitrag der EU-Strukturfonds zur
Armutsbekämpfung ist bedroht

Kurzvorstellung:
Europäischer
Hilfsfonds für die am
stärksten von
Armut Betroffenen

Spezialausgabe zur
Kampagne
*EU-Geld für die
Bekämpfung der Armut!
Jetzt!*

EAPNs "Toolkit" für
die EU-Strukturfonds:
Damit die Stimme der
NGOs gehört wird

Mit Beiträgen von zwei nationalen Netzwerken von EAPN:
EAPN Spanien und EAPN Frankreich
sowie zwei europäischen Organisationen: **Eurochild und Caritas Europa**



Mitgliedstaaten und nicht gehaltene Versprechen?

FINTAN FARRELL, Direktor von EAPN

Die vorliegende Ausgabe des EAPN-Magazins zur Zukunft der EU-Strukturfonds berichtet darüber, wie die Mitgliedstaaten das Versprechen brechen, das sie bei der Vereinbarung des EU-Ziels zur Armutsreduzierung gegeben haben. Einer der größten Erfolge dieses vereinbarten Ziels war der Vorschlag der Kommission, 25 % der nächsten Runde der Strukturfonds für den Europäischen Sozialfonds (ESF) und 20 % des ESF für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu transferieren.

Angesichts offizieller Zahlen, die besagen, dass Armut und soziale Ausgrenzung nicht reduziert wurden, sondern dass die Zahl der Betroffenen um fast vier Millionen anstieg, und da unsere Mitglieder durch ihre Arbeit an der Basis wissen, dass die Realität viel härter ist, als die Zahlen widerspiegeln, ist EAPN der Ansicht, dass der Vorschlag der Kommission das Minimum darstellt, das man für die Bekämpfung dieser Realität erwarten kann. Die Ablehnung dieses Vorschlags durch die Mitgliedstaaten ist ein klarer Bruch der Verpflichtungen, die sie bei Vereinbarung des Ziels zur Armutsreduzierung eingingen.

Da auf dem Sondergipfel im November kein Haushalt verabschiedet wurde, haben wir jedoch die Möglichkeit, die Mitgliedstaaten für ihre gemachten Versprechen in die Pflicht zu nehmen und Druck auf sie auszuüben, damit sie den Vorschlag der Kommission unterstützen. Darüber hinaus muss die Kommission ihren Vorschlag entschlossen verteidigen. Die vorliegende Ausgabe des EAPN-Magazins zeigt im Übrigen auch, dass das Europäische Parlament eine klare Haltung zur Verteidigung des Vorschlags eingenommen hat.

Ich hoffe, dass die vorliegende Ausgabe den Leserinnen und Lesern die nötigen Informationen bietet, um auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene tätig zu werden, damit sichergestellt wird, dass der künftige Europäische Sozialfonds eine Agenda im Bereich der sozialen Eingliederung verwirklichen kann. Ich hoffe auch, dass die Informationen effektive Hilfe bei der nächsten Umsetzungsrunde der Fonds bieten.



AntiPOVERTYmag

Magazine of the European Anti-Poverty Network

N°137, II, 2012

Editor: Fintan Farrell

Responsible for publication: Nellie Epinat

Contributors: Vincent Caron, Rebecca Lee

Square de Meeûs 18, 1050 Brussels

Tel: +32 2 226 58 50, Fax: +32 2 226 58 69

team@eapn.eu – www.eapn.eu

Inhalt

Werden die EU-Strukturfonds das Ziel zur Armutsreduzierung umsetzen?	3
EAPN-„Toolkit“ zu den Strukturfonds: Hilfe für NGOs, um sich Gehör zu verschaffen	6
Interview mit Elisabeth Morin-Chartier EP-Abgeordnete und Berichterstatteerin zum ESF	7
Der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen kurz gefasst	8
Nahrungsmittelhilfe mit dem Zugang zu hochwertigen Nahrungsmitteln für alle verbinden	9
Die Strukturfonds aus der Perspektive von Caritas Europa	9
EAPN Spanien: Lobbyarbeit für die Strukturfonds	10
Eurochild: Kinder im EU-Haushalt sichtbar machen	10
Kampagne: EU-Geld für die Bekämpfung der Armut! Jetzt!	11

Danksagung für die Fotos :

Titelseite:	© Saviour Grima, Demonstration, European Meeting of People experiencing poverty, Brussels, 11 May 2012.
Seite 3:	© Rebecca Lee, Demonstration of the Indignados, Brussels, 15 Oct 2011.
Seite 4:	© Rebecca Lee for EAPN, EAPN Policy Conference on EU 2020 Strategy, Brussels, Sept 2012.
Seite 5:	© Rebecca Lee for EAPN, Demonstration, European Meeting of People experiencing poverty, Brussels, 11 May 2012.
Seite 6:	© Rebecca Lee for EAPN, Messages at EAPN Policy Conference on EU 2020 Strategy, Brussels, Sept 2012.
Seite 8:	© Rebecca Lee, Soup Kitchen, Brussels, 2 May 2009.
Seite 9:	© Caritas Moldova, Hot tea for everyone, 2012.
Seite 10:	© Juul Sels – Brandpunt 23, Window childish innocence, 2010.



This magazine is supported by the Directorate-General for Employment, social affairs and equal opportunities of the European Commission.

Its funding is provided for under the European Community Programme for Employment and Social Solidarity PROGRESS (2007–2013).

For more information see <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=327&langId=en>

The information contained in this publication does not necessarily reflect the position or opinion of the European Commission.

Werden die EU-Strukturfonds das Ziel zur Armutsreduzierung umsetzen?

von Vincent Caron, Politikreferent, EAPN

Ursprünglich fanden die legislativen Vorschläge der Kommission zur künftigen Kohäsionspolitik 2014-2020 breite Unterstützung seitens EAPN, doch ist EAPN mittlerweile zutiefst besorgt über die Art und Weise, wie der Rat jegliche realistische Umsetzung des Armutsreduzierungsziels über die Strukturfonds (insbesondere über den Europäischen Sozialfonds) untergräbt. EAPN war schon seit Beginn des Prozesses ein Hauptakteur, der „Armutsreduzierung und soziale Eingliederung“ in den neuen Strukturfonds unterstützte und verteidigte, und zwar sowohl über eigene Lobbyarbeit mit den nationalen Netzwerken, als auch über Bündnisse.

Der Vorschlag der Kommission: Ein Fortschritt ...

Am 6. Oktober 2011 veröffentlichte die Kommission ihre legislativen Vorschläge zu sämtlichen Strukturfonds. EAPN begrüßte diese Verordnungsentwürfe als Schritt in Richtung einer besseren Umsetzung des Armutsreduzierungsziels in der Strategie Europa 2020 und auch als gewaltige Verbesserung hinsichtlich der Umsetzung des Partnerschaftsprinzips (mit dem alle relevanten Partner – einschließlich NGOs – am gesamten Strukturfondsprozess beteiligt werden sollen).

In der allgemeinen Verordnung der Strukturfonds, die Bestimmungen für alle Strukturfonds enthält, werden Armutsreduzierung und soziale Eingliederung ganz klar als gemeinsame Zielsetzung aufgeführt. Der verbindliche Charakter des Partnerschaftsprinzips wird vorangebracht, und die NGOs werden am Entwurf der Partnerschaftsabkommen beteiligt, d.h. neue strategische Vereinbarungen zum Gebrauch von Strukturfonds zwischen einem Mitgliedstaat und der Europäischen Kommission, in Zusammenarbeit mit Partnern. EEs wird im Einzelnen festgelegt, welche Strukturfondsbeiträge die einzelnen Kernziele von Europa 2020 umsetzen werden. Darüber hinaus werden die NGOs am gesamten Prozess

rund um die Operationellen Programme (OP)¹ beteiligt. Bestätigt wurde dies mit dem Vorschlag eines Europäischen Verhaltenskodex für Partnerschaft, der den Mitgliedstaaten entsprechende Mindestanforderungen stellt.

Dieser Fortschritt zeigt sich noch deutlicher im Verordnungsvorschlag zum Europäischen Sozialfonds (ESF), der den ESF zum europäischen Finanzierungsinstrument für die Umsetzung des Armutsreduzierungsziels macht, indem mindestens 20 % seines Budgets für Armutsreduzierung und soziale Eingliederung vorgesehen sind. Dies wäre auch durch ein garantiertes Mindestbudget für den ESF von mindestens 25 % der Kohäsionsmittel sichergestellt. Diese 20-25 % werden Mindestanteil genannt. Darüber hinaus wird die aktive Eingliederung innerhalb der thematischen Zielsetzung „Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut“ als Investitionspriorität genannt.

Fast alle dieser bereits erwähnten positiven Aspekte wurden im vergangenen Juli vom Europäischen Parlament während der Abstimmung im Ausschuss für Beschäftigung unterstützt.

... der vom Rat untergraben wurde

Als sie den Vorschlag der Kommission diskutierten, drängten die Mitgliedstaaten auf ein Maximum an Flexibilität bei der Nutzung der Strukturfonds auf nationaler Ebene. Auf dem Treffen des Rates für allgemeine Angelegenheiten im Juni lehnten sie den Mindestanteil für den ESF ab. Der Verweis auf das Mindestbudget für den ESF wurde gestrichen. Der Verweis auf die zweckbestimmten 20 % des ESF bleibt erhalten, doch könnten die Mitgliedstaaten die Gelder aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE), die für die soziale Eingliederung verwendet wurden, auf diese 20 % anrechnen. Dies würde auch bedeuten, dass Mitgliedstaaten EFRE-Geldern (d.h. weitere Strukturfondsgelder für große Infrastrukturen wie Verkehr, Forschung und Entwicklung, Wohnraum) Priorität für die Erreichung des Armutsreduzierungsziels

einräumen könnten, anstatt Humanressourcen/Dienstleistungen über den ESF.

Außerdem lehnte der Rat den verbindlichen Charakter des Partnerschaftsprinzips ab und strich den Verweis auf den Europäischen Verhaltenskodex für Partnerschaft.

Leider lehnten die Mitgliedstaaten im November auf dem Rat für allgemeine Angelegenheiten den Mindestanteil für den ESF erneut ab. Das Parlament wird jetzt auf einer Plenarsitzung im ersten Quartal 2013 über alle Verordnungen abstimmen. Die Staatschefs konnten sich auf dem Sondergipfel des Europäischen Rates vom 22.-23. November nicht auf einen EU-Haushalt einigen. Die Angelegenheit wurde bis Februar 2013 verschoben, doch ist es sehr wahrscheinlich, dass das Budget der Strukturfonds geringer ausfallen wird, was unweigerlich eine negative Auswirkung auf das ESF-Budget haben wird.

HINTERGRUND

Die Strukturfonds sind Finanzierungswerkzeuge, mit denen die Regionalpolitik der Europäischen Union umgesetzt werden soll. Ihr Ziel ist die Verringerung regionaler Unterschiede bei Einkommen, Wohlstand und Chancen. Die ärmsten Regionen Europas erhalten die größte Unterstützung, doch haben alle europäischen Regionen die Berechtigung zu einer Finanzierung aus den Fonds und politischen Programmen. Der aktuelle Rahmen der Regionalpolitik wurde für einen Zeitraum von sieben Jahren festgelegt (2007-2013).

Die Strukturfonds bestehen aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Zusammen mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) machen die Strukturfonds und der Kohäsionsfonds den Hauptteil der EU-Finanzierung sowie die Mehrheit der Gesamtausgaben der Europäischen Union aus.

¹ Ein Operationelles Programm (OP) wird aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) und/oder aus dem Kohäsionsfonds finanziert und legt die Umsetzungsprioritäten einer Region dar. Zwar gibt es Raum für regionale Flexibilität, doch müssen die Prioritäten einer Region mit dem nationalen strategischen Referenzrahmen des Mitgliedstaates übereinstimmen – der nationale strategische Referenzrahmen legt die Hauptprioritäten für die Verwendung der EU-Strukturfondsgelder fest, die ein Mitgliedstaat erhält. Für jede Region der EU gibt es ein OP. Diese OPs müssen - genau wie die nationalen strategischen Referenzrahmen – vor ihrer Umsetzung von der Europäischen Kommission angenommen werden. Quelle: Wikipedia und Europäische Kommission.

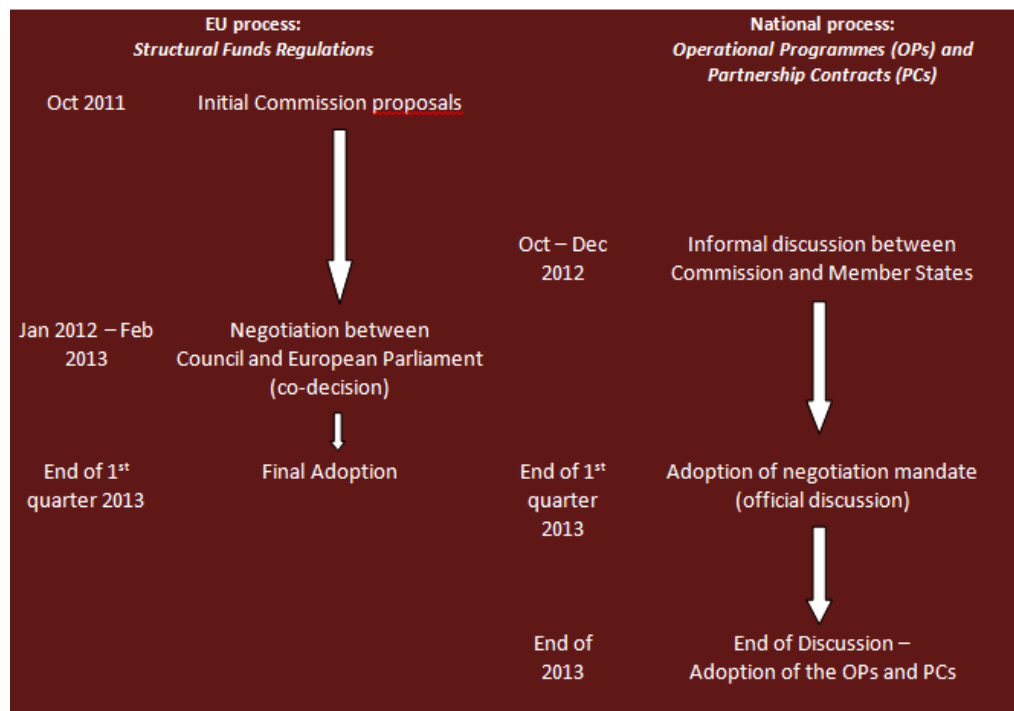


EAPN als Hauptakteur positionieren

Auf EU-Ebene hatte EAPN schon lange vor dem Vorschlag der Kommission mit Lobbyarbeit zur Gestaltung der neuen Runde der Strukturfonds begonnen. Bereits 2009 veröffentlichte EAPN seine ersten Schlüsselbotschaften, die auf einer EAPN-Untersuchung beruhten, die den Beitrag der Strukturfonds zur sozialen Eingliederung¹ im aktuellen Planungszeitraum 2007-2013 bewertete. Eine umfassendere Stellungnahme zur Förderung der sozialen Eingliederung und zum Kampf gegen Armut fand sich im EAPN-Kommentar zum fünften Kohäsionsbericht² Ende Januar 2011. In diesem Kommentar forderte EAPN ganz klar einen verbindlichen Zweckbestimmungsmechanismus für den ESF in Bezug auf Armut und soziale Eingliederung, der schließlich in den Vorschlag der Kommission aufgenommen wurde. EAPN-Schlüsselbotschaften wurden wiederholt auf formellen und informellen Treffen vorgebracht, die von der Generaldirektion REGIO und der Generaldirektion Beschäftigung organisiert wurden.

Nachdem die Vorschläge der Kommission veröffentlicht wurden, erstellte EAPN einen detaillierten Kommentar, der die EAPN-Arbeit in Bezug auf das Parlament vorbereitete. Vorschläge zu Änderungsanträgen zu den Entwürfen der allgemeinen Verordnungen sowie zum ESF und EFRE wurden an alle Berichterstatter und Schattenberichterstatter geschickt und dann auch erfolgreich im ESF-Bericht aufgegriffen. EAPN wurde vom Ausschuss für Beschäftigung eingeladen, seine Ansichten bei einem Meinungsaustausch darzulegen.

Auf nationaler Ebene arbeitet EAPN auch mit seinen nationalen Netzwerken zusammen, um deren Beteiligung schon ab der



Gestaltung der Partnerschaftsabkommen und Operationellen Programme zu ermöglichen. Im Oktober 2012 wurde ein „Toolkit“ veröffentlicht, mit dessen Hilfe soziale NGOs sicherstellen sollen, dass das Armutsreduzierungsziel in den Strukturfonds in ihren Ländern gut widerspiegelt wird (siehe nächster Artikel).

EAPN fördert die Bildung von Bündnissen

Um seine Lobbyarbeit sichtbarer und effektiver zu gestalten, hat EAPN in den letzten 12 Monaten mit weiteren relevanten Hauptakteuren zusammengearbeitet.

EAPN hat sich vor allem stark an den Initiativen der Sozialen Plattform beteiligt (Ausarbeitung des Vorschlags zu Änderungsanträgen, Briefe an politische Entscheidungsträger der EU, Kampagne zum

EU-Haushalt).

Außerdem trat EAPN einer Vereinigung von 42 europäischen Organisationen bei (darunter Gewerkschaften, wirtschaftliche Akteure sowie NGOs aus dem sozialen und umweltpolitischen Bereich), um das Partnerschaftsprinzip zu verteidigen, das gerade von Parlament und Rat verwässert wird.

EAPN ging sogar noch weiter und initiierte und koordinierte mit 19 NRO aus dem sozialen Bereich eine gemeinsame Kampagne, deren Ziel die Verteidigung des Mindestanteils für den ESF ist (EU-Geld für die Bekämpfung der Armut! JETZT!). Einen vollständigen Artikel zu dieser Kampagne finden Sie in dieser Ausgabe auf Seite 11.



² The contribution of Cohesion Policy to social inclusion - What role for social NGOs? EAPN mid-term assessment of the current programming period and perspective for post-2013 (EN/FR)

³ A Response to the Fifth Report on Economic, Social and Territorial Cohesion of the European Commission (EN, IT), January 2011.

Facing the facts: Poverty exists across Europe



in is at risk of poverty or social exclusion in the EU.

Out of an EU population of about **500 million** people:

- **84 million** people live **below the poverty threshold** (people earning less than 60% of the national median income)
 - **22 million** people live **materially deprived** (people who cannot afford goods, services or activities which are seen as basic necessities in their country)
 - **18 million** people live in **jobless households**
- = **120 million** people at risk of or experiencing poverty or social exclusion

What can the EU do about it?

Cohesion Policy Budget (CPB)

European financial tool to reduce inequalities within the EU

European Social Fund (ESF)

Part of the CPB and the main tool to promote employment and economic and social cohesion

- 2010** National governments in EU countries agreed on a **poverty reduction target**: to get at least **20 million people out of poverty by 2020**.
- 2011** To back this poverty reduction target, the **Commission proposed to allocate 25% of the Cohesion Policy Budget to the European Social Fund, and to secure 20% of this Fund to social inclusion and poverty reduction**.
- 2012** Member States did not reach any agreement on the EU's budget.
- 2013** The Commission's proposal needs to be backed – it is the minimum that can be done to respect - and hopefully reach - the poverty reduction target.



EAPN-„Toolkit“ zu den Strukturfonds: Hilfe für NGOs, um sich Gehör zu verschaffen

von Vincent Caron, Politikreferent, EAPN

Der Ausgangspunkt: Türen öffnen auf nationaler Ebene

Parallel zu den Diskussionen zwischen Rat und Europäischem Parlament über die künftige Strukturfondsverordnung begannen nationale Behörden schon vor dem Sommer 2012, informelle Prozesse einzuleiten, um ihre Partnerschaftsabkommen und Operationellen Programme (OPs) zu entwerfen. Trotz des verbindlicheren Partnerschaftsprinzips, das die Europäische Kommission für alle Stufen des Strukturfondsprozesses vorschlug und das die Beteiligung aller relevanten Partner (einschließlich der NGOs) gleich von Beginn an, d.h. von der Entwurfsphase an, beabsichtigt, bleibt diese wesentliche Phase in den meisten EU-Mitgliedstaaten (insbesondere in den neuen) leider ein Prozess hinter verschlossenen Türen, bei dem Akteure nur wenig Gelegenheit finden, sich Gehör zu verschaffen.

Wichtigste Meilensteine

Mit der Veröffentlichung der Positionspapiere der Kommission für jeden einzelnen Mitgliedstaat hat die informelle Diskussion zwischen der Kommission und den EU-Mitgliedstaaten gerade „offiziell“ begonnen. Diese Dokumente sollen den Mitgliedstaaten eine Anleitung zu den Strukturen und Prioritäten der künftigen Programme bieten. Sie sollen auch das Verhandlungsmandat vorbereiten, das die Diskussion zwischen der Kommission und jedem einzelnen Mitgliedstaat über die OPs untermauern wird.

- Bis Dezember 2012: Abschluss der informellen Diskussion zwischen der Kommission und den EU-Mitgliedstaaten;
- Erstes Quartal 2013: Annahme des Verhandlungsmandats als Arbeitsdokument der Dienststellen;
- Bis Ende 2013: Endgültige Annahme der Vereinbarung durch die Europäische Kommission.

Wenn die nationalen Netzwerke ihre nationalen Behörden (zuständige Ministerien: Finanzen, Beschäftigung, Soziales usw.) und die Europäische Kommission (über die jeweiligen Länderreferenten) bei der Gestaltung der OPs und der Partnerschaftsabkommen beeinflussen wollen, ist es daher von wesentlicher Bedeutung, dass sie sich vor Ende der informellen Diskussion zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten am nächsten Planungszeitraum der Strukturfonds beteiligen.

Den sozialen NGOs ab Beginn des Prozesses Gehör verschaffen

Das EAPN-„Toolkit“ (Werkzeugkasten) wurde von einer Task Force aus sechs nationalen Experten entworfen und möchte die Lobbyarbeit der nationalen Netzwerke und sozialen NGOs unterstützen. Es soll ihnen helfen, Druck auf die nationalen Behörden auszuüben, damit diese den neuen sozialen Zielen von Europa 2020 - insbesondere dem Armutsreduzierungsziel - sowohl in den Partnerschaftsabkommen als auch in den OPs Priorität einräumen.

Drei Ziele:

1. Das „Toolkit“ hilft, die Hauptmerkmale der künftigen Strukturfondsverordnungen für den Planungszeitraum 2014-2020 besser zu verstehen, indem es den aktuellen Stand darstellt, angefangen von einer Analyse der legislativen Vorschläge der Kommission bis hin zu einer Zusammenfassung der bemerkenswertesten Diskussionspunkte zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat.
2. Es hilft nationalen Netzwerken, sich am Strukturfondsprozess zu beteiligen und die neue Strategie Europa 2020 und das Armutsreduzierungsziel optimal zu nutzen. Darum bietet das „Toolkit“ zunächst einen kurzen Überblick darüber, wie EAPN die

soziale Eingliederung fördern und sicherstellen möchte, dass das Armutsreduzierungsziel über die Kohäsionspolitik voll umgesetzt wird.

Das „Toolkit“ war vor allem von Anfang an als ein sehr praktisches Dokument gedacht, das einfach zu lesen und zu nutzen ist und Folgendes beinhaltet:

- Nützliche Ratschläge/Tipps, an wen man sich in der Kommission (Länderreferenten) und in den nationalen Ministerien wenden kann; alle wichtigen EU-Dokumente und die entsprechenden Weblinks; Erklärung des Verhandlungsprozesses zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten; Tipps, wie man eine Lobbystrategie aufbaut. Die EU-Fachsprache bezüglich der Strukturfonds wird ebenfalls in einem Glossar erklärt. Zusätzlich wird eine Vorlage geboten, die den sozialen NGOs die Erarbeitung eigener Vorschläge zur Umsetzung des Armutsreduzierungsziels in ihren jeweiligen Ländern erleichtern soll. In diesem Zusammenhang werden auch EAPN-Schlüsselbotschaften für die Zeit ab 2013 aufgeführt.
- Bewährte Verfahren aus drei verschiedenen EU-Ländern zu erfolgreichen, von NRO angestoßenen Initiativen, die den Verhandlungsprozess zu den Strukturfonds beeinflussen.

3. Und schließlich hilft es den nationalen Netzwerken und ihren Mitgliedern, dass sie von den zuständigen Behörden von Anfang an als wichtige Gesprächspartner für den nächsten Planungszeitraum der Strukturfonds angesehen werden.

Was kommt als Nächstes?

Das „Toolkit“ wurde auf europäischer und nationaler Ebene in großem Umfang verbreitet. EAPN Spanien passte das „Toolkit“ den nationalen und regionalen Gegebenheiten an, damit es gegenüber den spanischen regionalen Behörden als Lobbyinstrument eingesetzt werden kann. In fünf spanischen Regionen wurden fünf überaus aktive Arbeitsgruppen eingesetzt. EAPN Italien plant bereits, für das gesamte nationale Netzwerk Schulungen zu organisieren, die auf dem „Toolkit“ basieren.

Darüber hinaus möchten die nationalen EAPN-Netzwerke ein richtiges Follow-up der Ergebnisse des „Toolkits“ auf nationaler Ebene sicherstellen, indem EAPN intern Erfahrungen zum Gebrauch und der Wirksamkeit des „Toolkits“ in Bezug auf nationale/regionale Regierungen und Verwaltungsbehörden ausgetauscht werden.

Das Toolkit liegt bereits auf Spanisch vor und wird auch bald in weiteren Sprachen erhältlich sein (Italienisch, Portugiesisch, Ungarisch und möglicherweise noch weitere Sprachen).

Interview mit Elisabeth Morin-Chartier

Abgeordnete im Europäischen Parlament und Berichterstatterin zum ESF

Im Rahmen seiner Kampagne „EU-Geld für die Bekämpfung der Armut! JETZT!“, die die Mitgliedstaaten auffordert, den Vorschlag der Europäischen Kommission zu unterstützen, interviewte EAPN Elisabeth Morin-Chartier. Die Abgeordnete ist für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten zuständig und außerdem Berichterstatterin für die 27 Mitgliedstaaten zum Europäischen Sozialfonds (ESF). Morin-Chartier hat die Mitgliedstaaten vehement dazu aufgefordert, den Vorschlag der Europäischen Kommission zu unterstützen, da sie in dieser Angelegenheit das letzte Wort haben werden.

EAPN: Wie sieht Ihre Rolle als Berichterstatterin des Europäischen Parlaments zum Sozialfonds aus?

Sie bedeutet, dass ich die Gesetzgebung rund um die Funktionsweise des Europäischen Sozialfonds für den Planungszeitraum 2014-2020 noch einmal durchgehe – die Angelegenheit ist von größter Bedeutung! Aktuell arbeiten wir bis 2020 für die Bürgerinnen und Bürger Europas. Zurzeit sind 84 Milliarden Euro für die 27 Mitgliedstaaten vorgesehen, und da unser Ziel der Erhalt des sozialen Zusammenhalts ist, müssten 20 % dieses Budgets dem Kampf gegen Armut zugeteilt werden. Der Sozialfonds ist nämlich ein Fonds für arbeitsmarktpolitische Eingliederung, d.h. soziale Eingliederung über arbeitsmarktpolitische Eingliederung. Abgesehen von diesem Ziel, Menschen in Arbeit zu bringen, gibt es aber auch immer noch Menschen, die in extremer Armut leben und Hilfe benötigen. Deshalb wollen wir die 20 %-Zuteilung für den Kampf gegen Armut, und wir werden dafür kämpfen!

EAPN: Wie gut stehen die Chancen, dass der Vorschlag der Europäischen Kommission angenommen wird?

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments hat sehr positiv über den Bericht abgestimmt, den ich gerade erstelle. Nur schwer zu überwindende Hindernisse wird es auf Ebene des Europäischen Rates geben, da die Regierungen der Mitgliedstaaten nicht möchten, dass ein Teil des Europäischen Sozialfonds, bei dem es um eine gigantische Geldsumme geht, einem spezifischen sozialen Ziel zugeteilt wird.

EAPN: Warum möchten die Mitgliedstaaten den Vorschlag nicht unterstützen?

Weil sie ihn als einen Eingriff in ihre Freiheit ansehen, selbst auszuwählen, wofür sie den Europäischen Sozialfonds verwenden. Und wir, die Abgeordneten, die die Bürgerinnen und Bürger Europas vertreten, wollen die Zuteilung. Ich werde das Verhandlungsteam des Europäischen Parlaments im Rat leiten. Dieses Team besteht nur aus Frauen aus allen politischen Parteien, die sich zum Thema perfekt auskennen, da wir bereits seit mehr als eineinhalb Jahren, genauer gesagt sei fast zwei Jahren, an diesem Thema arbeiten. Seien Sie sicher, dass keine bereit ist, aufzugeben. Die Verhandlungen mit dem Rat werden hart werden, doch wir werden nicht einknicken.



Was ist eine Berichterstatterin?

Eine Berichterstatterin ist eine Art „Verbindungsfrau“ eines parlamentarischen Ausschusses. Ihr kommen verschiedene Schlüsselfunktionen zu:

a) Die Berichterstatterin „meldet“ der Plenarversammlung die Ergebnisse des parlamentarischen Ausschusses. In dieser Eigenschaft hat die Meinung der Berichterstatterin sehr viel Gewicht. Wenn man einen Vorschlag beeinflussen möchte, muss man sicherstellen, dass die Berichterstatterin über die eigenen Anliegen informiert ist.

b) Die weitere Hauptfunktion der Berichterstatterin besteht darin, nachzuverfolgen, was aus einem Vorschlag im legislativen Prozess wird und sicherzustellen, dass die anderen Institutionen die Verpflichtungen einhalten, die sie in Hinblick auf den Vorschlag eingegangen sind. Ein gängiges Beispiel hierfür wäre folgende Situation: Das Europäische Parlament hat den Vorschlag bereits gesehen und über ihn abgestimmt. Wenn der Rat den Text des Vorschlags nun bedeutend abändert, geht er zurück an das Europäische Parlament, damit dieses den Vorschlag noch einmal überprüft und, wenn nötig, erneut über ihn abstimmt.

Der Berichterstatterin kommt also eine überaus bedeutende Rolle zu. Wenn man einen Vorschlag beeinflussen möchte, ist es wichtig, dass man nicht nur die Europaabgeordneten kennt, die in dem Ausschuss sitzen, der sich mit dem Vorschlag beschäftigt, sondern dass man auch weiß, wer die Berichterstatterin ist.

Die Berichterstatterin ist auch häufig die Vorsitzende dieses Ausschusses.

Quelle: European Law Monitor: <http://www.europeanlawmonitor.org/what-is-a-guide-to-key-eu-terms/eu-parliament-what-is-a-rapporteur.html>.

Der neue Europäische Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen kurz gefasst

von Vincent Caron, Politikreferent, EAPN

Am 24. Oktober 2012 veröffentlichte die Europäische Kommission ihre legislativen Vorschläge zum Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen.¹ Dieser Fonds ist der Nachfolger des EU-Programms für die Abgabe von Nahrungsmitteln (auch „Nahrungsmittelhilfeprogramm“ genannt). 2010 kam das Programm mehr als 18 Millionen Menschen zugute.

Das Nahrungsmittelhilfeprogramm gehörte historisch zum Budget der Gemeinsamen Agrarpolitik und verteilte deren landwirtschaftliche Überschüsse. Markteinkäufe stiegen jedoch allmählich an, während die Höhe der Überschüsse abnahm. Aus diesem Grunde und auch, weil die EU keine entsprechende Zuständigkeit hatte, brachten 2011 sechs Mitgliedstaaten die Rechtsgrundlage des Nahrungsmittelhilfeprogramms vor den Europäischen Gerichtshof. Im Dezember 2011 wurde eine politische Übereinkunft erzielt, die besagt, dass das Programm 2012-2013 weiterlaufen kann. Eine Lösung für den neuen Planungszeitraum der EU-Fonds (2014-2020) wurde folglich immer dringender.

Hauptmerkmale des Vorschlags der Europäischen Kommission zum Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen

Im Anschluss an einen Konsultationsprozess mit verschiedenen Akteuren, einschließlich sozialer NGOs und Lebensmittelbanken, veröffentlichte die Europäische Kommission im Oktober 2012 ihren Vorschlag zum Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen. Um die angemessenste Rechtsgrundlage zu finden, schlug die Kommission vor, den neuen Fonds zu einem spezifischen Instrument innerhalb der Kohäsionspolitik zu machen, als Ergänzung zu den bestehenden Finanzierungsinstrumenten für den sozialen Zusammenhalt (einschließlich des Europäischen Sozialfonds) und auch um das bereits erwähnte Problem bezüglich der Rechtsgrundlage zu lösen. Der Fonds würde von der neuen Rechtsgrundlage der Kohäsionspolitik profitieren und einen größeren Interventionsbereich abdecken, und auch die Mitgliedstaaten wären bei seiner Nutzung flexibler.

Der Fonds werde laut Vorschlag der Kommission auch zur Erreichung des Armutsreduzierungsziels beitragen, da er die schlimmsten Formen der Armut angehe.

Das allgemeine Ziel des Fonds wäre, den am stärksten von Armut betroffenen Menschen, die zu stark ausgegrenzt sind, als dass sie von

den Aktivierungsmaßnahmen des Europäischen Sozialfonds profitieren könnten, Hilfe durch flankierende Maßnahmen zu bieten. Die Mitgliedstaaten hätten die Wahl, entweder die Nahrungsmittelabgabe aus dem früheren Nahrungsmittelhilfeprogramm beizubehalten oder verschiedene Aspekte der gravierenden Entbehrung (Deprivation) anzugehen: Obdachlosigkeit oder gravierende Entbehrung der grundlegenden Konsumgüter bei Kindern.

Um zur sozialen Eingliederung der am stärksten von Armut betroffenen Menschen beizutragen, könnten die Mitgliedstaaten auch flankierende Maßnahmen ergreifen, die die materielle Unterstützung ergänzen. Die Mitgliedstaaten würden die Partnerorganisationen auswählen, die die Hilfe aus diesem neuen Programm verteilen.²

Das Partnerschaftsprinzip wiederum soll sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene angewandt werden. Auf nationaler Ebene sollen relevante Partner (einschließlich NGOs) am Entwurf der Operationellen Programme beteiligt werden. Auf europäischer Ebene soll eine EU-Plattform eingerichtet werden, um den Austausch von Erfahrungen, Kompetenzerweiterung und Networking sowie die Verbreitung relevanter Ergebnisse im Bereich der nicht finanziellen Hilfe für die am stärksten von Armut betroffenen Menschen zu erleichtern.

Ein begrenztes Budget in Gefahr

Das für den Siebenjahreszeitraum (2014-2020) vorgeschlagene Budget beträgt 2,5 Milliarden Euro. Dieser Betrag ist sehr begrenzt, umso mehr, wenn man ihn in Zusammenhang mit der wachsenden Anzahl der Menschen betrachtet, die ihre Grundbedürfnisse aufgrund der Wirtschaftskrise und der Sparmaßnahmen nicht mehr befriedigen können. Verschärfend kommt noch hinzu, dass alle 28 Mitgliedstaaten den Fonds nutzen müssen - oder das Geld ist verloren. Lediglich 20 Mitgliedstaaten nutzen das aktuelle Nahrungsmittelhilfeprogramm, das einen höheren Jahresbetrag hat, als im neuen Fonds vorgesehen.

Darüber hinaus ist immer noch unsicher, woher das Geld innerhalb der Strukturfonds und insbesondere innerhalb des Europäischen Sozialfonds genommen werden soll.

Die Diskussion über den neuen Fonds findet im globaleren Umkreis der laufenden Verhandlung zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 statt. Die zyprische Ratspräsidentschaft veröffentlichte am 29.

Oktober einen überarbeiteten Vorschlag für die Verhandlungsbox (d.h. sämtliche Elemente in Zusammenhang mit dem gerade diskutierten EU-Haushalt), der eine Budgetkürzung von 20 % (d.h. 2 Milliarden EUR) beinhaltet.

Der Europäische Rat konnte auf dem Sondergipfel zum EU-Haushalt, der vom 22.-23. November 2012 stattfand, keine Einigung erzielen. Die Frage bezüglich der Existenz und der Höhe des Fonds ist daher noch so lange offen, bis der Rat eine endgültige Entscheidung trifft, was hoffentlich auf dem nächsten EU-Sondergipfel im Februar 2013 der Fall sein wird. Erst dann kann die Diskussion zwischen Rat und Europäischem Parlament über den Fonds beginnen, und die endgültige Annahme wäre dann für Mitte 2013 zu erwarten. Diese Verzögerung gibt EAPN jedoch die Möglichkeit, den Vorschlag der Kommission inhaltlich zu verbessern, speziell in Hinblick auf das Europäische Parlament, das entschlossen scheint, den Vorschlag zu unterstützen.

Engagement von EAPN

EAPN hat gemeinsam mit einigen seiner europäischen Organisationen intensiv Lobbyarbeit betrieben, um sicherzustellen, dass das Nahrungsmittelhilfeprogramm auch nach 2013 beibehalten wird. Diese Lobbyarbeit fand sowohl vor der Veröffentlichung des Vorschlags der Kommission statt (durch Kontaktaufnahme zu Mitgliedstaaten und durch Teilnahme an der von der Kommission organisierten Konsultation der Akteure) als auch danach, und zwar durch ein Treffen mit dem Kabinett Herman Van Rompuy vor dem Sondergipfel zum EU-Haushalt im November 2012. EAPN hat wiederholt darauf hingewiesen, dass dieser Fonds unbedingt die Grundbedürfnisse einer steigenden Anzahl von Menschen erfüllen muss und dafür in den globaleren Rahmen einer integrierten EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut zu setzen ist, die den adäquaten Finanzierungsbetrag an die Strukturfonds, insbesondere an den Europäischen Sozialfonds, verteilt.

¹ Siehe Website der Europäischen Kommission: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=1704&furtherNews=yes>.

² Pro Land gäbe es ein vereinfachtes Aktionsprogramm. Der Vorschlag der Kommission sieht vor, von den Mitgliedstaaten einen Kofinanzierungssatz von 15 % zu verlangen (mit der Möglichkeit, diesen Satz für Länder zu mindern, die vorübergehende Haushaltsprobleme haben, wie etwa Troika-Länder). Die Kommission würde auch eine Vorfinanzierung von 11 % zur Verfügung stellen, um die Ausgaben der ersten Winterkampagne zu decken, die ab 2014 beginnt.

Nahrungsmittelhilfe mit dem Zugang zu hochwertigen Nahrungsmitteln für alle verbinden

Dominique Paturel, EAPN Frankreich, Forscherin am Nationalen Institut für Agronomieforschung (INRA)



Die aktuellen Diskussionen über die neue Finanzierung des europäischen Nahrungsmittelhilfeprogramms für bedürftige Bevölkerungsgruppen haben die Nahrungsmittelhilfe zum prominenten Aushängeschild für die Auswirkung der aktuellen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Krise gemacht. Durch die massiv ansteigende Unsicherheit und Armut müssen immer mehr Menschen nach neuen Wegen suchen, um genug zu essen zu bekommen. Zu wissen, wo die nächste Mahlzeit herkommt, wird für die sozial Schwächsten zu einem immer größeren Problem: Nahrungsmittelhilfe wird dann zur Antwort auf diese Form der Ausgrenzung. Meist erfolgt die Abgabe über Wohlfahrtsorganisationen. Es gibt reichlich Nahrungsmittel von guter Qualität, und in Frankreich muss aktuell niemand verhungern. Und dennoch gibt es gut 3,2 Millionen Menschen, die nicht genügend Nahrungsmittel von guter Qualität bekommen. Es besteht heutzutage also trotz allem das Problem der Nahrungsmittelunsicherheit.

Europäische und folglich auch nationale Systeme mussten Anforderungen für die Rückverfolgung von Lebensmitteln und für den Nachweis einführen, dass sie an die vorgesehenen Empfänger gingen: Einige der bedürftigsten Menschen können diese Anforderungen nicht erfüllen, und daher wird ihnen diese Hilfe verweigert. Gleichzeitig ist es schwierig, für einige lokale Erzeugnisse Käufer zu finden, und die Einkommen mancher Landwirte werden immer unsicherer. Testprojekte, die Nahrungsmittelhilfe mit dem Direktverkauf an den Verbraucher verbinden, sollten als neue Wege des Zugangs zu Nahrungsmitteln unterstützt werden. Ein Paradebeispiel ist das Testprojekt „Restos du Coeur de l'Hérault“ (eine Initiative, die warme Mahlzeiten verteilt), das auf einer einzigartigen Partnerschaft mit dem Obst- und Gemüsegroßhandel in Montpellier basiert. Wenn Nutzer von Nahrungsmittelhilfe die Möglichkeit bekommen, lokale Erzeugnisse zu konsumieren, können sie frische Lebensmittel in ihre tägliche Ernährung einbauen, und gleichzeitig werden die lokalen Verkaufsstellen der Landwirte in ihrer Region unterstützt. Außerdem wird die Verbindung zwischen dem, was wir essen und der Art, wie es produziert wird, wiederhergestellt.

Hier können nicht nur Erkenntnisse für die Nahrungsmittelhilfe gewonnen werden, sondern für den Lebensmitteldienstleistungssektor ganz allgemein. Insbesondere zeigen sich die vielfältigen Lieferketten der Nahrungsmittelhilfe und die unterschiedlichen Arten lokaler Vertriebsorganisationen für den Direktverkauf an den Verbraucher; außerdem lernt man, inwiefern sich Vertriebskanäle, die Nahrungsmittelsysteme bilden, gegenseitig bereichern, einschließlich des Zusammenspiels zwischen dem Direktverkauf an den Verbraucher und den traditionellen Vertriebskanälen. [Die Nahrungsmittelhilfeagenda in Hinblick auf den Zugang zu hochwertigen Nahrungsmitteln für alle zu überdenken, ist daher bei der Gestaltung künftiger Lebensmittelfragen von wesentlicher Bedeutung.](#)

Die Strukturfonds aus der Perspektive von Caritas Europa

Artur Benedyktowicz, verantwortl. für Politik und Lobbyarbeit, Caritas Europa



In allen Ländern Europas stehen Caritas-Organisationen an vorderster Front, wenn es darum geht, den Menschen zu helfen, die am stärksten von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind. Unsere Aktivitäten beschränken sich nicht nur auf Soforthilfe, wie etwa die Abgabe von Kleidung und Nahrungsmitteln an Menschen, die von den extremsten Formen der Armut betroffen sind, sondern zielen auch darauf ab, Menschen aus der Armut und der sozialen Ausgrenzung zu befreien. Da Caritas eine starke Basis hat und mit den Bedingungen in den einzelnen Ländern vertraut ist, konnte Caritas Sachkenntnis und Erfahrung gewinnen, was Hilfe für die Menschen anbelangt, die zu den verletzlichsten Gruppen gezählt werden. In den vergangenen Jahren wurde diese Sachkenntnis effektiv über spezifische Projekte angewandt, die aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert wurden. In vielen ESF-Interventionsbereichen (wie etwa Unterstützung von Einstellungen in Unternehmen der Sozialwirtschaft oder Hilfe für Jugendliche, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind) hat Caritas den Beweis erbracht, dass die von Non-Profit-Organisationen angewandten Methoden zu positiven langfristigen Ergebnissen führen können.

Forderung nach einem Mindestanteil für den Europäischen Sozialfonds und nach einem eigenen Budget für den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen

Caritas Europa (CE) hat daher versucht, ihre eigenen Beobachtungen und Ideen zu den EU-Strukturfonds 2014-2020 mit denen zu teilen, die einen Einfluss auf die endgültige Gestalt der Fonds haben könnten. Die Hauptbotschaft unserer Lobbyarbeit lautet, dass die EU-Fonds die Zielsetzungen von Europa 2020 unterstützen müssen, insbesondere die Ziele zur Armutsreduzierung und zum Beschäftigungswachstum. Aus diesem Grunde und auch angesichts der negativen Auswirkungen, die die Sparmaßnahmen auf die sozial schwächsten Menschen haben, fordert CE insbesondere, dass mindestens 25 % des Kohäsionsfonds dem ESF zugeteilt werden und dass 20 % des ESF für soziale Eingliederung und den Kampf gegen Armut zweckbestimmt werden. Darüber hinaus setzt sich CE vehement für einen weiteren Vorschlag der Europäischen

Kommission ein: Die 2,5 Milliarden Euro des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen sollen als eigenes Budget innerhalb der Kohäsionsmittel festgelegt werden. CE fordert auch verschiedene zusätzliche Änderungen der Rechtsvorschriften zu den EU-Fonds, die die Sozialwirtschaft (auch über Hilfe aus dem EFRE) oder die Kompetenzerweiterung sozialer NGOs fördern könnten.

Handeln!

Angesichts des spezifischen Terminplans und des komplexen Verfahrens zur Annahme der EU-Fonds-Rechtsvorschriften und des Haushalts nach 2013, haben wir versucht, verschiedene Akteure des Prozesses in verschiedenen Zeitfenstern zu erreichen. Zu den politischen Entscheidungsträgern, die die Stellungnahmen von Caritas erhielten, zählten Europaabgeordnete, hauptsächlich die Mitglieder des Ausschusses für Beschäftigung und des REGI-Ausschusses, die Europäische Kommission und der Rat. CE nutzte auch die Gelegenheit, ihre Botschaften zur künftigen EU-Kohäsionspolitik über ihren Schattenbericht zur Strategie Europa 2020 zu präsentieren. Neben Kommissar Andor und den Kommissaren Rehn und Vassiliou zählten auch die spezifischen Generaldirektionen der Kommission und ihre Generalsekretärin zu den Empfängern. Da 2013 die Aktionsprogramme 2014-2020 angenommen werden sollen, halten wir es für wichtig, Einfluss auf deren Inhalt zu nehmen, insbesondere über das Europäische Semester. Caritas-Organisationen wurden ebenfalls ermuntert, direkte Lobbyarbeit gegenüber ihren Regierungen zu betreiben. Sie wurden eingeladen, weitere nationale Netzwerke zu kontaktieren (z.B. im Rahmen der EAPN-Kampagne „EU-Geld für die Bekämpfung der Armut! Jetzt!“) und Unterschriften für die Petition zu sammeln, die der zyprischen Ratspräsidentschaft übergeben wurde.

Auf Brüsseler Ebene unterstützte Caritas Europa nicht nur die genannte EAPN-Kampagne und die Aktionen der Sozialen Plattform, sondern gehörte auch der Koalition aus EAPN, Eurodiaconia, Rotem Kreuz und FEBA an, die sich für die Beibehaltung des Nahrungsmittelhilfeprogramms einsetzte (es wurden Petitionen an Ratspräsident Van Rompuy gesandt).

EAPN Spanien: Lobbyarbeit für die Strukturfonds

Sali Gunti, EAPN Spanien



2004 beschloss EAPN Spanien, seine politische Lobbyarbeit auf die Strukturfonds auszuweiten. Dafür gab es verschiedene Gründe. Ein Grund war, dass EAPN Spanien fest vom Potential der Strukturfonds (insbesondere des Europäischen Sozialfonds) überzeugt ist, wenn es um die Entwicklung von Aktivitäten geht, die die am meisten benachteiligten Menschen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt eingliedern, indem Innovationen, die Gleichstellung der Geschlechter, transnationale Beziehungen usw. unterstützt und gefördert werden.

Kleine und mittelgroße spanische NGOs hatten bewiesen, dass sie diese Gelder verwalten können, etwa über Gemeinschaftsinitiativen, die dann aber eingestellt werden sollten. Vier spanische Netzwerk-NGOs haben seit dem Jahr 2000 ihre Fähigkeit und Effektivität bei der Umsetzung des Operationellen Programms (OP) zum Kampf gegen Diskriminierung unter Beweis gestellt. Von diesem spezifischen Programm abgesehen, hatten kleine und mittelgroße NGOs, im Gegensatz zu anderen sozialen Akteuren, keinen Zugang zu den Strukturfonds, wodurch die Kohäsionspolitik ihre Aufgabe, Regionen und Bürgerinnen und Bürger näher zusammenzubringen, nicht erfüllen konnte.

Zu dieser Zeit war der finanzielle Aspekt der Fonds für EAPN Spanien keine Priorität: Wesentlich war zunächst, eine kohärente strategische Position beizubehalten – die Finanzierung würde später folgen. Das Hauptziel des Netzwerks bestand darin, sich an der Entwicklung der Aktionsprogramme zu beteiligen, so dass NRO ein Mitspracherecht bei ihrer Planung haben und Maßnahmen einführen können, die auf die Bedürfnisse der sozial schwächsten Gruppen ausgerichtet sind. Außerdem wollte das Netzwerk, dass Projekte der OPs über mehrere Jahre laufen (mindestens drei Jahre) und dass auch NRO an den Begleitausschüssen beteiligt sind.

Um dies zu erreichen, benötigte das Netzwerk genügend fachliche Fähigkeiten, um den Behörden eine klare und reelle Agenda vorlegen zu können. EAPN Spanien engagierte

sich daher in verschiedenen Bereichen:

1. Das Netzwerk beteiligte sich an der EAPN-Arbeitsgruppe bzw. der Task Force zu den Strukturfonds, was den Austausch von Erfahrungen und die Einrichtung einer Anlaufstelle ermöglichte.
2. Es richtete eine ständige Arbeitsgruppe zu den Strukturfonds ein, die seit 2002 die folgenden Aktivitäten entwickelt hat, die von den regionalen Gegebenheiten und der Verwaltung der Strukturfonds in Spanien geprägt sind:

Auf nationaler Ebene:

- Lobbyarbeit gegenüber der Verwaltungseinheit, die eine direkte Verbindung zur Europäischen Kommission hat und das Budget des Europäischen Sozialfonds in Spanien sowie das Budget von drei multiregionalen Aktionsprogrammen verwaltet. Das Netzwerk steht seit 2005 in einem ständigen Dialog mit dieser Einheit und führt auch Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium, das für den Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) zuständig ist.
- Darüber hinaus ließ das Netzwerk die Handbücher und Dokumente von EAPN und der Arbeitsgruppe Strukturfonds ins Spanische übersetzen.
- Insbesondere zu Beginn erbat sich das Netzwerk auch externes Fachwissen.
- Das Netzwerk musste bei seinem eigenen Exekutivausschuss das Bewusstsein für die Wichtigkeit des Themas schärfen.
- Das Netzwerk beteiligte sich überaus aktiv an der europaweiten EAPN-Kampagne "EU-Geld für die Bekämpfung der Armut! Jetzt!"»

Auf regionaler Ebene:

- Es gilt, politische Lobbyarbeit auf die regionale Ebene zu bringen, da jede Region ihr eigenes Aktionsprogramm verwaltet und da dies die Ebene ist, auf der spezifische gemeindenahere Aktivitäten laufen.
- Seit 2005 veranstaltet EAPN Spanien in den einzelnen Regionen Seminare und Schulungen zu den Strukturfonds, mit

folgendem Ziel: Überprüfung der Merkmale der Kohäsionspolitik; Analyse von neuen Aspekten der Verordnung; Austausch von Erfahrungen und bewährter Verfahren in anderen Regionen; Einladung an regionale offizielle Vertreter der Fonds, an diesen Seminaren teilzunehmen.

- Nach den Seminaren und Schulungen werden in den Regionen Arbeitsgruppen zu den Strukturfonds eingerichtet, für direkte politische Lobbyarbeit auf regionaler Ebene und auch, um die Arbeit der nationalen Arbeitsgruppe zu unterstützen.
- Jedes regionale Netzwerk von EAPN Spanien entwickelt regionsspezifische Vorschläge (soziale und wirtschaftliche Situation, Arbeitslosenzahlen, schulisches Versagen usw.), die die Vorschläge für eine Verordnung zu den Strukturfonds und den Europäischen Verhaltenskodex für Partnerschaft widerspiegeln.

EAPN Spanien findet jetzt nationale Anerkennung, da es dem Begleitausschuss für das OP zum Kampf gegen Diskriminierung sowie dem Netzwerk für soziale Eingliederung angehört, die gemeinsam von der Verwaltungseinheit, dem Arbeitsministerium und dem Ministerium für soziale Dienstleistungen geleitet werden; darüber hinaus gehört EAPN Spanien verschiedenen regionalen Begleitausschüssen an.

Was den Dialog mit den Institutionen anbelangt, so nahmen politische Entscheidungsträger an vielen regionalen Seminaren von EAPN Spanien teil (Andalusien, Galicien, Extremadura, Castilla la Manche usw.), und in einigen Regionen führen die Netzwerke mit ihren Behörden Gespräche über den Planungszeitraum 2014-2020.

EAPN Spanien hat die Hoffnung, dass die Fonds im Zeitraum 2014-2020 für NGOs zugänglicher sein werden, damit sie optimal für die spezifischen Bedürfnisse der Menschen genutzt werden können, und zwar insbesondere in Hinblick auf die soziale Eingliederung und den Zugang zu Weiterbildung und Beschäftigung.

Eurochild: Kinder im EU-Haushalt sichtbar machen

von Réka Tunyogi, Referentin EU-Parlament, EUROCHILD

Während die EU damit fortfährt, einen neuen langfristigen Haushalt zu verabschieden, sind die Rechte der Kinder weiterhin tagtäglich durch den fehlenden Zugang zu angemessenem Schutz, Gesundheitsversorgung, Wohnraum, Bildung, Nahrung oder Unterstützung für Familien bedroht. In der Europäischen Union ist heutzutage mehr als eines von vier Kindern von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Und doch lässt sich nicht feststellen, wie viel vom EU-Haushalt in Kinder investiert wird.

Im Verlauf des letzten Jahres hat Eurochild im Rahmen der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) 2014-2020 versucht, diese Tatsache zu ändern. Eurochild ist der Ansicht, dass bestehende politische Probleme und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise durch vernünftige Investitionen in Kinder abgemildert werden können. Eurochild strebt nicht nur an, dass ein größerer Schwerpunkt auf die Prioritäten zur sozialen Eingliederung gelegt wird, sondern möchte auch, dass die Rechte der Kinder in allen Instrumenten sichtbarer werden.

Nicht nur ein finanzielles Minimum, sondern eine politische Verpflichtung aller Mitgliedstaaten

Eurochild schloss sich der EAPN-Kampagne an, die 20 % des ESF für die soziale Eingliederung fordert. Dieser Maßstab wird von Eurochild nicht nur als einzuhaltendes finanzielles Minimum angesehen, sondern als eine einzuhaltende politische Verpflichtung aller Mitgliedstaaten. Die Einflussnahme auf die

Strukturfonds-Verordnungsentwürfe (allgemeine Verordnung, Europäischer Sozialfonds und Europäischer Fonds für Regionalentwicklung) wurde auch durch die Anerkennung ihres Potentials zur Entwicklung familiennaher oder gemeindenaher Betreuungsmöglichkeiten und Dienstleistungen angetrieben, die verhindern, dass Kinder in das alternative Betreuungssystem kommen.

Ein Fortschritt bei der Förderung der Rechte der Kinder und ihres Wohlergehens

Unsere Änderungsanträge und regelmäßigen Kontakte zum Europäischen Parlament waren nicht umsonst. Eurochild war erfreut, dass das Europäische Parlament in seinen Berichten stärkere Grundlagen für Investitionen in Kinder unterstützt. Eurochild begrüßte insbesondere, dass sich das Europäische Parlament in Hinblick auf den Europäischen Sozialfonds verpflichtete, eine Investitionspriorität einzuschließen, die die Rechte der Kinder und ihr Wohlergehen fördert, um so gefährdete Kinder zu schützen und Kinderarmut zu bekämpfen. Der Bericht des Europäischen Parlaments zum Europäischen Fonds für Regionalentwicklung wurde nachgebessert, um den Übergang von institutionellen Dienstleistungen zu familiennahen und gemeindenahen Dienstleistungen zu unterstützen.

Unter Überschrift 3 (Security & Citizenship) hat sich Eurochild für die Umsetzung des Lissabonner Vertrags ausgesprochen und forderte eine stärkere Formulierung in den Verordnungen, als es um die Förderung des

Schutzes der Kinderrechte in jenen Programmen ging, die Grundrechte, Bürgerschaft und Justiz in der Europäischen Union unterstützen.

Unsere Lobbyinstrumente umfassten Treffen im Europäischen Parlament, gefolgt von regelmäßigen Kontakten, der Erstellung von Änderungsanträgen und Abstimmungsempfehlungen. Die Mitglieder von Eurochild wurden mehrfach mobilisiert, um Kontakt zu ihren nationalen Regierungen aufzunehmen. Um das Potential von vereinten Kräften zu nutzen, hat Eurochild in Sachen MFR aktiv mit Mitgliedern der Aktionsgruppe Kinderrechte (Children's Rights Action Group), der Expert Group on Transition from Institutional to Community-based Care, der Sozialen Plattform und natürlich mit EAPN zusammengearbeitet.

Heutige Investitionen in Kinder lassen morgen eine integrativere Gesellschaft entstehen

Eurochild hat wiederholt gefordert, dass Kinder im EU-Haushalt sichtbarer werden. Dafür sind weiterhin Kontaktarbeit, zielgerichtete Lobbyarbeit und die Hilfe unserer Mitglieder nötig. Eurochild wird sich weiterhin konsequent engagieren, denn wir wissen, dass die Zivilgesellschaft allgemein und NRO, die sich für Kinderrechte einsetzen, die gleiche Vision teilen: Heutige Investitionen in Kinder lassen morgen eine integrativere Gesellschaft entstehen.





AUFFORDERUNG AN DIE MITGLIEDSTAATEN, IHRE VERPFLICHTUNGEN ZUR ARMUTSREDUZIERUNG EINZUHALTEN

Nelli Epinat, Referentin Öffentlichkeitsarbeit, EAPN

Die Kampagne „EU-Geld für die Bekämpfung der Armut! Jetzt!“ wird von EAPN und 19 weiteren sozialen NGOs koordiniert und fordert die Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Verpflichtungen zur Armutsreduzierung einzuhalten und sicherzustellen, dass die nötigen EU-Gelder so zugeteilt werden, dass Armut und soziale Ausgrenzung effektiv und effizient bekämpft werden.

Warum?

Im Oktober 2011 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Vorschlag zur nächsten Runde der Kohäsionspolitik (2014-2020) und forderte darin zwei Mindestanteile: Einen Mindestanteil von 25 % der Kohäsionsmittel für den Europäischen Sozialfonds (ESF) und mindestens 20 % des ESF ausschließlich für die soziale Eingliederung und den Kampf gegen Armut.

Dies wurde von sozialen NRO als konkreter Vorschlag begrüßt, der dem Ziel zur Armutsreduzierung, auf das sich die EU-Entscheidungsträger als Bestandteil von Europa 2020 geeinigt hatten, Glaubwürdigkeit verleiht. Die meisten Mitgliedstaaten begegneten dem Vorschlag jedoch mit Ablehnung, ungeachtet ihrer Verpflichtungen, ungeachtet einer sich ausweitenden Krise und der verheerenden Folgen der Sparmaßnahmen sowie der immer größer werdenden Ungleichheiten in der Gesellschaft.

EAPN und 19 weitere soziale NGOs reagierten und starteten die Kampagne „EU-Geld für die Bekämpfung der Armut! Jetzt!“. Es wurden folgende Forderungen gestellt:

- Mindestens 25 % der Kohäsionsmittel sollen dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zugeteilt werden;
- Mindestens 20 % des ESF sind für die soziale Eingliederung und die Armutsreduzierung vorzusehen.

Zusätzlich wurden alle beteiligten NGOs und ihre nationalen Netzwerke gebeten, diese Kampagne über ihre sozialen Medien zu verbreiten.

Intensive Lobbyarbeit

Da 26 von 27 Mitgliedstaaten den Mindestanteil für den ESF nicht unterstützen möchten, richtete die Kampagne den Großteil ihrer Lobbyinitiativen an nationale Regierungen, und zwar sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Eine klare Verbündete dieser Kampagne war Elisabeth Morin-Chartier, EP-Abgeordnete und Berichterstatterin zur ESF-Verordnung, die EAPN im September 2012 interviewte: „Als Parlamentarier, die die Bürgerinnen und Bürger Europas vertreten, wollen wir die 20 %-Zuteilung für den Kampf gegen Armut, und wir werden dafür kämpfen.“

Auf europäischer Ebene traf EAPN Vertreter des Rates und das Kabinett des Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, um darzulegen, wie wichtig eine Unterstützung des von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Mindestanteils ist.

Die NGO-Koalition forderte die Mitgliedstaaten in einem Schreiben auf, transparent zu sein und die Position ihres jeweiligen Landes klar darzulegen. Lediglich drei Länder antworteten. Dabei sprachen sie sich allgemein für mehr Flexibilität für die Mitgliedstaaten aus, um den ESF je nach nationalen Prioritäten verwenden zu können.

Auf nationaler Ebene nahmen die nationalen Netzwerke direkten Kontakt zu ihren nationalen Behörden auf. EAPN Spanien hat beispielsweise Vertreter auf nationaler und europäischer Ebene kontaktiert und getroffen, um die spanische Regierung von der Wichtigkeit der Hauptforderungen der Kampagne zu überzeugen.

Darüber hinaus wurden zwei gemeinsame Briefe vor dem Treffen des Rates für allgemeine Angelegenheiten im Juni und November versandt, in denen die Mitgliedstaaten aufgefordert wurden, das Ziel zur Armutsreduzierung über einen starken und die Eingliederung fördernden ESF umzusetzen.

Infolge der parallel stattfindenden Verhandlung zum EU-Haushalt wurde diese im November gemachte Aufforderung auf die Verteidigung eines ambitionierten Strukturfondsbudgets ausgeweitet. Bei dieser Gelegenheit wurde dem gemeinsamen Brief die Unterschriftenliste zur Petition beigelegt und Adonis Constantinides übergeben, dem Botschafter für Kohäsionspolitik in der ständigen Vertretung Zyperns.

EAPN ging auch auf Ergebnisse des Treffens des Rates für allgemeine Angelegenheiten vom November und auf den Sondergipfel zum EU-Haushalt (22.-23. November) ein und forderte die

Mitgliedstaaten vehement dazu auf, eine Einigung zu erzielen, die ausreichende finanzielle Unterstützung für die Umsetzung des Ziels zur Armutsreduzierung sicherstellen wird.

Was kommt als Nächstes?

Da der Rat für allgemeine Angelegenheiten im November keine Einigung erzielen konnte, wird die Kampagne bis zur endgültigen Annahme durch alle EU-Institutionen weiterlaufen. Da der Rat den Mindestanteil für den ESF weiterhin untergräbt, werden neue Lobbyaktionen auf die Mitgliedstaaten ausgerichtet und zusätzliche Aktivitäten auf das Europäische Parlament (das bis Ende des ersten Quartals 2013 sämtliche Strukturfonds-Verordnungen annehmen soll) sowie - im Rahmen des laufenden Trialog-Verhandlungsprozesses – auch auf die Europäische Kommission, damit das Thema auf ihrer Agenda einen Spitzenplatz einnehmen wird.

Sämtliche Informationen zu dieser Kampagne finden Sie auf der EAPN-Website:

<http://www.eapn.eu/en/what-we-do/our-campaigns/eu-money-for-poverty-reduction-now>.

Zum besseren Verständnis der Problematik finden Sie dort auch ein Informationsblatt in 8 Sprachen.

Noch weitergehende Informationen finden Sie im Hintergrunddokument zum Europäischen Sozialfonds.

Haben Sie die Petition zur Kampagne unterzeichnet?

Warten Sie nicht länger. Schließen Sie sich an.

http://www.avaaz.org/en/petition/EU_Money_for_Poverty_Reduction_NOW_1/



Follow the campaign on Facebook (EAPN European Anti Poverty Network)



on Twitter #EUMoney20Percent



EU MONEY for POVERTY REDUCTION



Nearly 1 in 4 persons is in or at risk of poverty and/or social exclusion in the EU.

Member States must respect their commitments and allocate the necessary funds to the fight against poverty.

SIGN THE PETITION here

www.avaaz.org/en/petition/EU_Money_for_Poverty_Reduction_NOW_1/

or from EAPN's website www.eapn.eu

All together
for poverty reduction and social inclusion.

This campaign is being run by EAPN with its members the European Federation of National Organisations Working with the Homeless (FEANTSA), Caritas Europa, the European Network Against Racism (ENAR), Eurochild, Eurodiaconia, AGE Platform, Salvation Army, as well as the Platform of European Social NGOs (Social Platform), Solidar, the European Women's Lobby, the European Disability Forum (EDF), the European association of Service Providers for Persons with Disabilities (EASPD), the International Council on Social Welfare (ICSW)

This campaign is being run by the European Anti-Poverty Network (EAPN) with its members the European Federation of National Organisations Working with the Homeless (FEANTSA), Caritas Europa, the European Network Against Racism (ENAR), Eurochild, Eurodiaconia, AGE Platform, Salvation Army, Mental Health Social Exclusion Europa (SMES Europa), International Federation of Social Workers (IFSW) Europe, as well as the Platform of European Social NGOs (Social Platform), SOLIDAR, the European Women's Lobby (EWL), the European Disability Forum (EDF), the European association of Service Providers for Persons with Disabilities (EASPD), the International Council on Social Welfare (ICSW) Europe, Mental Health Europe, Workability Europe, PICUM and Inclusion Europe.